

Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt München

Rathaus, Marienplatz, Zi. 249 / II, 80331 München, Telefon 2 33 - 9 26 50, Fax 2 91 37 65,
email: csu-fraktion@muenchen.de

PM 82/09

CSU-Stadtratsfraktion und CSU München setzen sich für Wahrung der Menschenrechte im Iran ein

München, 24. Juli 2009 – Der Vorsitzende der Münchner Rats-CSU, Stadtrat Josef Schmid, der Münchner CSU-Bezirksvorsitzende, Dr. Otmar Bernhard, MdL, der Münchner Europa-Abgeordnete und Sprecher für Außenpolitik und Menschenrechte im EP, Bernd Posselt, und Stadtrat Mario Schmidbauer haben sich heute bei den in München lebenden iranischen Exil-Politikern Dres Massoud Harun-Mahdavi und Sasan Harun-Mahdavi über die Situation im Iran informiert. Alle Politiker erklärten sich solidarisch mit den friedlichen Protesten im Iran gegen die Wahlmanipulationen bei der Präsidentenwahl und verurteilten das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen die Demonstranten. Zudem sagten sie ihre Unterstützung der demokratischen Bewegung im Iran zu.

„Von München wollen wir ein Signal der Solidarität mit der iranischen Reformbewegung und den friedlichen Protesten gegen die Menschenrechtsverletzungen aussenden, denn der Ansporn für die Reformer im Inland kommt auch aus dem Ausland“, begründet **Josef Schmid** das Engagement seiner Fraktion. „Auf den ersten Blick könnte man zwar meinen, dass die Unterstützung der friedlichen Proteste und das Verurteilen des brutalen Vorgehens gegen Demonstranten nach den Wahlen am 12. Juli im Iran eine außenpolitische, aber keine originäre kommunalpolitische Aufgabe sei“, so Josef Schmid weiter. „Aber in München leben rund 2.500 Iranerinnen und Iraner und viele Münchnerinnen und Münchner iranischer Herkunft. Außerdem muss eine aufgeklärte, weltoffenen Stadtgesellschaft gegen jedwede Menschenrechtsverletzungen aufbegehren. Deswegen zeigen wir uns auch mit der Reformbewegung solidarisch.“

Dr. Otmar Bernhard berichtete, dass er die Wahl mit Spannung verfolgt habe. Diese Spannung sei nach dem brutalen Niederschlagen der Proteste gegen den manipulierten Wahlausgang immer mehr dem Entsetzen gewichen. „Diese Verletzung der Menschenrechte verurteilen wir aufs Schärfste. Nur wenn die Reformbewegung Unterstützung aus dem Aus-

land erhält, erhöht sich der Druck auf das undemokratische iranische Regime. Und nur im Einhergehen der Reformbewegungen im Inland und dem Druck aus dem Ausland lassen sich im Iran Reformen zur Demokratie und der Wahrung der Menschenrechte erreichen. Wir stehen hinter der friedlichen Reformbewegung und fordern demokratische Wahlen unter internationaler Beobachtung“, sagte Otmar Bernhard.

Dres Massoud Harun-Mahdavi und **Sasan Harun-Mahdavi** berichteten, dass die Menschen im Iran von sich aus protestierten und die elementaren Menschenrechte einforderten. Die Gewalt durch die Regierung, mit der die Demonstranten konfrontiert sind, könne nicht hingenommen werden. Daher sei internationale Hilfe, auch in moralischer Hinsicht erforderlich. Deswegen dankten die beiden iranischen Exil-Politiker der CSU-Stadtratsfraktion und der CSU München für die Unterstützung der Reformbewegung. Aufgrund der Demonstrationen vollziehe sich derzeit eine Spaltung in der obersten Riege des Regimes, was zu einer sanften Säkularisierung im Iran führen könne, beurteilten Dr. Massoud Harun-Mahdavi und Dr. Sasan Harun-Mahdavi die Situation.

Bernd Posselt wies dankend auf die verbesserte Verzahnung der CSU-Kommunalpolitik mit außenpolitischen Themen hin. Der Iran sei aus historischen und wirtschaftlichen Gründen stark an Deutschland orientiert. „Bayern und München haben einen Klang im Iran“, so Posselt. „Deswegen ist es auch wichtig, dass wir hier die Menschenrechtsverletzungen verurteilen und die Reformer sowohl bei uns im Exil als auch im Iran unterstützen.“

Er werde im September das Thema Iran und die Vorgänge im Land um die Präsidentschaftswahlen ins EP bringen und dort behandeln lassen. „Dabei müssen wir eine kluge Politik für die Einhaltung der Menschenrechte im Iran finden. Unterschiede innerhalb des iranischen staatlichen Systems müssen wir dazu nutzen, um Perspektiven jenseits dieses Systems zu schaffen“, so der EP-Abgeordnete. Posselt sprach sich gegen einen ideologisch verzerrten und monolithischen Iran und für einen vielfältigen Vielvölkerstaat aus, in dessen Tradition der Iran stehe.

Stadtrat **Mario Schmidbauer** berichtete von seiner Solidaritätsaktion, in welcher er die Plakatstände der CSU nach dem 12. Juli vornehmlich in Haidhausen und Schwabing mit den grünen Bändern – grün ist die Farbe der Reformbewegung – versehen habe. „Ich wollte ein Zeichen setzen für Solidarität“, begründet Schmidbauer seine Aktion.

Hintergrund:

Die Präsidentschaftswahl am 12. Juni im Iran veranlasste Hunderttausende Iraner und Iranerinnen, an landesweiten Kundgebungen und Demonstrationen teilzunehmen, um gegen die Manipulation bei den Wahlen und den gefälschten Wahlausgang zu protestieren. Polizei, Sicherheitskräfte und Basij-Miliz wendeten gegenüber friedlichen Demonstranten massive Gewalt an, um die Proteste zu beenden. Protagonisten des Protests wurden inhaftiert und gefoltert. Die Informations- und Pressefreiheit wurde stark eingeschränkt, teilweise komplett vereitelt.

Dr. Ing. Massoud Harun-Mahdavi, geb. 1941 in Teheran/Iran, Diplom-Ingenieur, u. a. zwei Mal gewählter Oberbürgermeister der heiligen Stadt Mashhad (1972/73 und 1976/77), Generaldirektor der iranischen Hochschulen (1974/75), Bürgermeister von Teheran (1977/78), Stellvertreter der Verteidigungsministers im Heeres-Bereich unmittelbar nach der islamischen Revolution 1979, lebt seit 1979 fest in München, langjähriger aktiver Exil-Politiker, anerkannte Führungspersönlichkeit der Jebhe Melli (einer der ältesten demokratischen Oppositionsbewegungen Irans), Vorsitzender des gemeinnützigen Menschenrechtsvereins Leben und Leben lassen e.V., Herausgeber der beiden Zeitschriften Jebhe Melli (in persischer Sprache) und „DENK! MAL!“ (in deutscher Sprache).

Dr. Sasan Harun-Mahdavi, geb. 1967 in München, ist Leiter der Jugendorganisation in der Jebhe Melli und Pressesprecher von „United 4 Iran“ in München.

Anlage: Resolution der CSU-Stadtratsfraktion und der CSU München

Bildunterschriften:

Bild 1: (Gruppenbild): Stadtrat Mario Schmidbauer, EP-Abgeordneter Bernd Posselt, Dr. Sasan Harun-Mahdavi, Dr. Massoud Harun-Mahdavi, der CSU-Bezirksvorsitzende Dr. Otmar Bernhard, CSU-Stadtratsfraktionsvorsitzender Josef Schmid (von links)



CSU-Stadtratsfraktion und CSU München setzen sich für Wahrung der Menschenrechte im Iran ein

Die Präsidentschaftswahl am 12. Juni im Iran veranlasste Hunderttausende Iraner und Iranerinnen, an landesweiten Kundgebungen und Demonstrationen teilzunehmen, um gegen die Manipulation bei den Wahlen und den gefälschten Wahlausgang zu protestieren. Polizei, Sicherheitskräfte und Basij-Miliz wendeten gegenüber friedlichen Demonstranten massive Gewalt an, um die Proteste zu beenden. Protagonisten des Protests wurden inhaftiert und gefoltert. Die Informations- und Pressefreiheit wurde stark eingeschränkt, teilweise komplett vereitelt.

Die Stadt München ist Zweit-Heimat vieler Iraner. In München sind demokratische Exilgruppen beheimatet. Mit diesen nach Demokratie im Iran strebenden Münchnerinnen und Münchnern zeigen sich CSU-Stadtratsfraktion und CSU München solidarisch:

- Wir verurteilen den Umgang des undemokratischen iranischen Regimes mit den Regimegegnern.
- Wir wenden uns strikt gegen jegliche Verletzung der Menschenrechte im Iran – der Iran hat die UNO-Menschenrechtserklärung unterzeichnet.
- Wir fordern das iranische Regime auf, die Menschenrechte zu wahren.
- Wir fordern insbesondere die Freilassung der gewaltlosen, aus politischen Gründen inhaftierten Demonstranten.
- Wir fordern die iranischen Behörden dazu auf, sämtliche menschenrechtswidrige Beschränkungen des Rechts auf freie Meinungsäußerung und jegliche Einschränkung der Berichterstattung unverzüglich aufzuheben.
- Wir fordern das iranische Regime dazu auf, alle Medienvertreterinnen und Medienvertreter, die aus Anlass einer Berichterstattung über die Geschehnisse nach dem 12. Juni bzw. wegen regimekritischer Veröffentlichungen inhaftiert wurden, unverzüglich auf freien Fuß zu setzen.
- Wir fordern die iranische Regierung dazu auf, jegliche Gewalt gegen friedlich Demonstrierende zu unterlassen.
- Wir fordern die iranische Regierung auf, unverzüglich demokratische Neuwahlen unter internationaler Beobachtung durchzuführen.
- Wir erklären uns solidarisch und unterstützen den gewaltlosen Protest der Iranerinnen und Iraner gegen die Verletzung der Menschenrechte und den friedlichen Kampf für die Wahrung der Menschenrechte im Iran.